

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 265

Erscheint wöchentlich 8 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

Halver
Montag, den 10. November

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Keflame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

1924

Heute die Beilage:

„Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung kündigt steuerrechtliche und wirtschaftliche Reformen an, so Steuererleichterungen, Preisabbau, Einstellung des Beamtenabbaus und Aufwertung der öffentlichen Anleihen.

* In Baden wurde zum Staatspräsidenten für 1924/25 der bisherige Minister für Kultus und Unterricht, der demokratische Professor Wihl. Hellpach gewählt.

* Das Schiffsverkehr in den Rheingegenden ist wesentlich zurückgegangen, so daß die Schifffahrt wieder aufgenommen werden konnte.

* Der Altmeister der deutschen Maler Hans Thoma ist im Alter von 85 Jahren in Karlsruhe gestorben.

* In England hat sich das neue konservative Kabinett Baldwin konstituiert. Es übernahm bereits die Geschäfte.

* An der Newyorker Börse wurde zum erstenmal wieder die deutsche Reichsgoldmark gehandelt und die Papiermark geschlossen.

Reformpläne der Regierung.

Die politische Krise, die eine gesetzgeberische Arbeit des Reichstags praktisch unmöglich machte und zu seiner Auflösung führte, damit auch den verfassungsmäßigen Einfluß der Volksvertretung ausschaltete, kann nicht dazu führen, daß nun das staatliche Leben bis zu den Wahlen stillsteht. Jetzt weniger noch als sonst; denn durch die Durchführung des Londoner Pakts werden die politischen und namentlich die wirtschaftlichen Zustände in schneller Folge geändert, unterliegen dem Wechsel und die Regierung muß darauf in irgendeiner Weise Rücksicht nehmen. Wenn auch die Entscheidung der Volksvertretung ausgeschaltet ist. Vor einem Jahr hatte sich die Regierung dieses Recht durch ausdrückliche Ermächtigung vom Reichstag geben lassen und jetzt dient verfassungsmäßig der Art. 48 der Weimarer Verfassung dazu.

Das Reichskabinett will also auf dem Verordnungs- oder dem Verordnungswege eine Reihe durchgreifender Reformarbeiten namentlich auf dem steuerrechtlichen und dem wirtschaftlichen Gebiete in Angriff nehmen, weil sich die Voraussetzungen für das bisherige System grundlegend geändert haben. Bekanntgeworden ist schon, daß die Umsatzsteuer, die Börsenumsatzsteuer, die Körperschafts- und die Einkommensteuer ermäßigt bzw. abgeändert werden sollen. Auch andere Maßnahmen aus der Zeit der Inflation und der darauffolgenden Einschränkung der staatlichen Betätigungen sollen wieder auf ein normales Maß zurückgeführt werden. Das bezieht sich besonders auf Schulbestimmungen und Minderheiten, die gegen die Personalabbauverordnung getroffen worden sind, aber nicht durchgeführt werden konnten, weil die finanzielle Notlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden über sie hinwegzuschreiten zwang. Mit dem Abbau soll Ende des Kalenderjahres im allgemeinen Schluss gemacht werden und der Abbau nur in jenen Behörden noch durchgeführt werden, wo dringende Aufgaben den gesetzlich vorgeschriebenen ihn bisher verhinderten.

Weiter kündigt die Reichsregierung an, daß sie ihre Bestrebungen auf Senkung der Preise fortsetzen will. Die Preissteigerung hat zunächst einmal zu einer täglich immer höher anschwellenden Lohnsteigerungswelle geführt, der nun auch die Beamtengehälter nachfolgen. Gehälter wie Löhne werden damit wenigstens teilweise in das frühere Verhältnis zu den Preisen gesetzt, — aber es liegt in einer Fortsetzung derartiger Methoden die große Gefahr einer neuen Inflation. Es fragt sich nur, ob die Preisabbauabsichten der Regierung, die theoretisch natürlich völlig richtig sind, weil man die Kaufkraft der Mark durch steigern will, ihren Zweck erreichen werden. Wenn also die Löhne und Gehälter den Friedensnominalstand wohl erreicht haben oder demnächst erreichen werden, so bedeutet das ja leider noch lange nicht die Wiederherstellung der Kaufkraft des Friedensgehalts.

Und schließlich kündigt die Regierung noch an, daß sie an die Milderung der durch den Kriegsausgang und die Geldentwertung hervorgerufenen Not leidet. Das ist wohl eine etwas verschleierte Ankündigung über bestimmte Pläne des Kabinetts hinsichtlich der Aufwertung der öffentlichen Anleihen. Wenn außer dem gesagt wird, daß man dabei über den bisher ziemlich eng gezogenen Kreis der für die Aufwertung in Betracht kommenden hinausgehen will, so wäre vielleicht vorzuziehen, daß die ganze Frage nicht mehr durch soziale Maßnahmen geregelt wird, sondern grundsätzlich. Die Arbeit des Aufwertungsausschusses des Reichstages ist hierfür eine vergebliche gewesen. Freilich hat man bei dieser Ankündigung der Regierung gerade über diese Frage das unbestimmte Empfinden, daß auch wohl die Rücksicht auf den 7. Dezember dabei mitspricht. Denn leider ist die ganze Aufwertungsfrage schon zu einer parteipolitisch ausgenutzten Angelegenheit geworden. Wenn man schon damit gerechnet hat, daß die Zusagen des Londoner Pakts über die Anleihe und die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Freiheit erfüllt würden, so hätte man vielleicht doch Zeit gehabt, auf diesen Voraussetzungen aufzubauen und auf dem regelmäßigen gesetzgeberischen Wege alles vorzubereiten. Den Finanzausgleich zwischen dem Reich auf der einen, Ländern und Kommunen auf der anderen Seite will das Kabinett diesem gesetzmäßigen Wege überlassen, also dem neuen Reichstag unterbreiten. Trotz der andauernden parteipolitischen Überschattung dieser Maßnahmen kann man sich aber an das rein Tatsächliche

Reichsmark in Newyork notiert.

23,8 Dollar für 100 Reichsmark.

Newyork, 7. November.

Die Gesundung der deutschen Währung hat bereits ihren Ausdruck an den ausländischen Börsen gefunden. An der Newyorker Börse wurde zum ersten Male wieder die amtliche Notierung der neuen deutschen Reichsmark aufgenommen. Für eine gewisse kurze Zwischenzeit sollen alle Käufe und Verkäufe der Reichsmark durch die National City Bank erfolgen. Bei der Notierung der Reichsmark stellte sich der Einheitskurs auf 23,80 Dollar für 100 Reichsmark. Seit der Streichung der Papiermark war dies die erste offizielle Notierung in deutscher Mark.

Zweifellos wird dieses Zeichen für die Gesundung der deutschen Währung und die Anerkennung dieser Verbesserung in Amerika bahnbrechend für die Auffassung im übrigen Auslande wirken. Auch die Ankündigung der Reichsregierung über Steueranmeldungen und Aus-

halten und ganz schlechte Erfahrungen hat man mit derartigen Notverordnungen ja schließlich auch nicht gemacht.

Für Freitag waren die Finanzminister der Länder nach Berlin berufen. Zunächst wurde über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder und Gemeinden verhandelt und in diesem Zusammenhang die Frage der Durchführung der Verordnung vom 1. November d. J. erörtert, dann wurde darüber beraten, was nach Ablauf der Gültigkeit der Verordnung am 31. Januar 1925 geschehen soll. Wie es heißt, sollen die Länder ihre Bedenken zu den geplanten Steuermitteilungen aufrechterhalten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-italienische Handelsbeziehungen.

Ebenso wie in Italien sind auch auf deutscher Seite die Vorbereitungen für den deutsch-italienischen Handelsvertrag in vollem Gange. Die deutsche Regierung hat sich bereits mit den Interessententeilen in Verbindung gesetzt, um die nötigen Unterlagen für die deutschen Einzelwünsche zu erhalten. Die Prüfung und Zusammenstellung dieser Wünsche liegt in der Hand des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums.

Deutsche Minderheiten.

Vertreter der deutschen Minderheiten von 12 Staaten eine Reihe von Lebensfragen der Minderheiten besprochen wurden. Trotz der verschiedenen Lage und der verschiedenen politischen Einstellung in diesen Staaten kamen die Vertreter der deutschen Minderheiten einstimmig zur Einsicht, daß überall die Begründung nationaler Schulen in die Hände der deutschen Minderheiten gelegt werden müsse.

Bayerens Außenministerium und Auslandsvertretungen.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages beantragten die Sozialdemokraten die Aufhebung des Außenministeriums. Ministerpräsident Dr. Held betonte, daß die Erhaltung des Ministeriums notwendig sei. Auch die bayerischen Gesandtschaften hätten sich als sehr notwendig erwiesen. Insbesondere gebühre dem bayerischen Gesandten in Rom Dank dafür, daß er die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern so befriedigend gestaltet habe. Der Ministerpräsident teilte sodann noch mit, daß das Konordat wohl in der nächsten Woche dem Landtag vorgelegt werden könne. Schließlich wurde der Antrag gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der preussische Wohlfahrtsminister hat, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, für leistungsschwache Fürsorgeverbände beinahe zwei Millionen Mark zur Beschaffung von Wintervorräten für bedürftige Klein- und Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zur Verfügung gestellt.

Berlin. Nach ausdrücklicher Feststellung durch die zuständige Stelle entbehrt die in der Presse verbreitete Nachricht, daß die Zeppelinwerft Friedrichshafen eine Verlegung nach Sevilla oder nach einem anderen Ort des Auslandes plant, jeder Begründung.

Berlin. Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages erklärte auf Anregungen aus dem Hause Ministerpräsident Held bezüglich des Journalistengesetzes, daß er für die Journalisten eine Sicherheit für Krankheit, Invalidität und der Hinterbliebenen für notwendig halte.

Leipzig. In Chemnitz sind die beiden Funktionäre der kommunistischen Partei Müller und Siegert wegen Vertriebs verbotener Flugchriften verhaftet worden.

Köln. Die Stadt werden gemäß dem Londoner Abkommen von der französischen Besatzung geräumt. Auch die Stadt Wülfrath wurde von den Franzosen freigemacht.

Wien. Die ehemalige Erzherzogin Maria Theresia ist mit einem Passe, der auf den Namen ihrer Kammerjungfer lautete, in Wien eingetroffen. Die Arbeiterzeitung verlangt die sofortige Abschiebung der ehemaligen Erzherzogin und Bestrafung wegen Gebrauches eines falschen Passes.

London. Die „Westminster Gazette“ erhebt Protest gegen die Verhaftung des deutschen Generals Rathusius durch die Franzosen. Durch solche unnötigen Dinge würden die Beziehungen der Länder zueinander vergiftet.

Rom. Die Zeitungen teilen mit, daß Nuntius Pacelli zum Nuntius bei der deutschen Regierung ernannt wird.

wertungspläne hat insofern schon ihre Wirkungen geäußert, als an der Berliner Börse lebhaftere Bewegung am Anleihemarkt entstand. Man erwartet ein umfangreiches Finanzprogramm des Reichsfinanzministers Dr. Luther.

Der Reichsetat im Gleichgewicht.

Die Gesamteinkünfte betrugen sich im Januar auf 503 Millionen Goldmark, im Februar auf 418 Millionen, im März auf 595 Millionen, im April auf 523 Millionen, im Mai auf 518 Millionen, im Juni auf 472 Millionen, im Juli auf 583 Millionen, im August auf 592 Millionen, im September auf 609 Millionen. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1924 wurden 3,3 Milliarden Goldmark aus den Steuern vereinnahmt, während im Voranschlag für das ganze Jahr 5,2 Milliarden errechnet worden waren. Wenn auch einzelne Abstriche an diesen Ziffern zu machen sind, so ergibt sich doch, daß der Reichsetat sicherlich ins Gleichgewicht gebracht ist.

Neuer badischer Staatspräsident.

Karlsruhe, 7. November.

Der Badische Landtag trat zum ersten Male nach den Sommerferien wieder zusammen. Es wurde zunächst die Neuwahl des Präsidiums vorgenommen und der bisherige Präsident Dr. Baumgartner (Zentrum) und der dritte Vizepräsident Abg. Maier (Soz.) wiedergewählt. Bei der anschließenden Neuwahl des badischen Staatspräsidenten wurde der Minister für Kultus und Unterricht Prof. Wihl. Hellpach (Demokrat) für das Jahr 1924/25 mit 60 von 61 abgegebenen Stimmen zum badischen Staatspräsidenten gewählt. Zu seinem Stellvertreter wählte der Landtag den Minister des Innern Kemmele (Soz.) mit 60 Stimmen.

Das neue englische Kabinett.

London, 7. November.

Das Kabinett ist in folgender Weise gebildet worden: Baldwin Premierminister, Außen Chamberlain Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Churchill Schatzkanzler, Curzon Lordpräsident des Geheimen Rats, Sir Worthington Evans Staatssekretär für den Krieg, Bridgeman Erster Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoare Staatssekretär für die Luftfahrt, Lord Birkenhead Staatssekretär für Indien, Amery Staatssekretär für die Kolonien, Sir Johnson Phipps Staatssekretär für Inneres, Sir Steele Waddell Staatssekretär des Arbeitsamts und Sir Lloyd Greame Staatssekretär des Handelsamts.

Die zurückgetretenen Minister des Kabinetts MacDonalds überlieferten dem König die Amtssiegel, worauf in einem Kronrat die neuen konservativen Minister den Eid ablegten und ihre Ämter übernahmen. In der konservativen Presse ist eine heftige Polemik ausgebrochen über die Berufung des ehemals liberalen und immer noch freihändlerisch gesinnten Winston Churchill zum Schatzkanzler. Die Pressepolemik ist nur das äußere Zeichen für tiefgehende Unzufriedenheit bei einem Teil der Konservativen über diese Ernennung. Man spricht bereits von ernsthaften Spaltungsgefahren im Lager der Tories. Die „Diehards“, der rechte Flügel der Konservativen, sollen in dieser Erregung sein. Auch aus Paris kommen Auslassungen des Ertaumens über die Berufung Churchills, der antinationalistischer Neigungen bezichtigt wird und Abrüstungsgeanken zugänglich sein soll.

Vom Wahlkampf.

† Deutschnationale Kandidaten. Wahlkreis Westfalen-Nord für den Reichstag: Geh. Finanzrat Dr. Hugenberg, Direktor der Landwirtschaftskammer Breveranus, Regierungspräsident a. D. Graf Merveldt, Münster. Für den Landtag: Pastor Koch, Deynhäusen, Landtagsabgeordneter Dr. Kauffold, Berlin-Friedenau, Arbeitersekretär Behmeyer, Gohfeld (Kr. Herford).

† Kandidaten der Deutschen Volkspartei. Westfalen-Süd: Reichstag: Bergmann August Winnefeld, Fabrikant Klingspor-Siegen, Landwirt Loag-Gösmannshof, Rechtsanwalt Dr. Philipp-Dortmund, Frau Anna Adam-Görde, Apotheker Büsch-Gelsenkirchen. Für den Landtag: Kultusminister Dr. Voelckh-Berlin, Syndikus der Gewerbeverbände Dr. Grundmann-Berlin, Bergat Kremer-Recklinghausen, Gastwirt und Kaufmann Berkmeyer-Dortmund. Halle-Merseburg: Reichstag: Dr. Cremer-Berlin, Kaufmann Rudolph-Halle, Mittelschullehrer Brenner-Merseburg; für den Landtagswahl: den bisherigen Abgeordneten Heidenreich-Halle und Dr. Neumann-Berlin.

† Vaterländische Verbände Bayerns stellen keine eigenen Kandidaten auf. Das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns erklärt zu den Reichstags- und Gemeinderatswahlen, daß die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns auf die Auffstellung eigener Kandidaten verzichten, doch fordern sie ihre Freunde auf, nur für Parteien zu stimmen, die für Schwarz-Weiß-Not eintreten.

† Kandidaten des Zentrums. Wahlkreis Westfalen-Süd, Landtag: an erster Stelle Oberpräsident Gronowski (Münster), an zweiter Frk. Eickboom (Wochum).

† Sozialdemokratische Kandidaten. Wahlkreis Ostpreußen, Reichstag: Polizeipräsident Josef Lübbring, Landtag: preußischer Ministerpräsident Otto Braun. Westfalen-Nord und -Mitte, Reichstag: preußischer Innenminister Severing.

† Mag. Hölz als kommunistischer Spitzenkandidat. An die Spitze der kommunistischen Reichsliste ist der bekannte Mag. Hölz gestellt worden, der zurzeit in einem sächsischen Zuchthaus seine Strafe für die von ihm und seinen Anhängern in Sachsen begangenen Taten absitzt.

Wahlordnung für Preußen.

Die neuen Bestimmungen.

Durch das neue Landeswahlgesetz und die neue Landeswahlordnung ist eine möglichst weitgehende Angleichung des preußischen Wahlrechts an das Reichswahlrecht angestrebt, so daß bei den für die Landtagswahlen erforderlichen wählenden Wahlvorbereitungen die reichsrechtlichen Bestimmungen zur Grundlage gemacht werden können. Nur in einigen Punkten wird abgewichen, wie nachstehend zu ersehen ist.

Das Wahlrecht zum Preussischen Landtag wird ausdrücklich an das Vorhandensein eines Wohnortes in Preußen geknüpft. Nur preussische Staatsbeamte, Arbeiter und Angestellte in preussischen Staatsbetrieben sowie die zu ihrem Haushalt gehörigen Personen sind beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für das Wahlrecht auch dann zum Landtag wahlberechtigt, wenn sie zwar außerhalb des preussischen Staatsgebietes, aber nahe der Landesgrenze wohnen. Einjährige Staatsangehörigkeit ist für die Wahlbarkeit nicht erforderlich. Die Beschaffung der Stimmentzettel ist nach der Preussischen Landeswahlordnung ausdrücklich zur Aufgabe der Kreiswahlleiter gemacht, während dies in der Reichswahlordnung offen gelassen ist. Die preussische Wahlordnung weist darauf hin, daß für die Wahlen hauptsächlich Schulen und ähnliche Gemeinderäume in Betracht kommen. Gewählt wird bei beiden Wahlen mit einem Wahlscheitelumschlag. Es wird dementsprechend auch für beide Wahlen ein und dieselbe Wahlurne benutzt und die Verwendung einer zweiten Urne ist nur dann statthaft, wenn die Wahl nach Geschlechtern getrennt vorgenommen wird.

Langemart und Dirmuiden.

Die blutigen Novembertage von 1914.

„Nordwestlich von Bechelaere, wo sich des Engländers Haig Flügeldivision an des Franzosengenerals D'Albal rechte Schulter lehnte, war der Kampf blutiger, als Worte sagen. Aus ihren überhöhten Stellungen überschütteten die Briten die Sturmgräben des XXVII. Reservekorps (Sachsen und Württemberger) an der Halbe von Bechelaere mit Kreuzfeuer. Da stieg aus diesen verschlammten, zerfallenen Gräben das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ und als das Spitzengregiment 245 sich aus seinen Gräben erhob und Hunderte sanken, ehe sie sich auf die Böschung schwingen konnten, als der Graben sich mit Toten und Verwundeten füllte, da ging das Lied mit den Überlebenden zum Sturm und warf den Feind auch hier aus seinen ersten Linien. Doch vor Hooge und Westhoek erstarb auch das Lied, die tiefgestaffelte Stellung war nicht im Sturm zu nehmen und widerstand. Die Vaterlandslieder, mit denen die Freiwilligenregimenter gegen die feuerspeienden Wälfen von Langemart, Birschole und Dirmuiden marschiert waren, verhallten als Geistergesang Jung-Deutschlands über den toten Gewässern der flandrischen Ebene.“

Ein Schweizer ist es, der das geschrieben hat, der bekannte Geschichtsschreiber des Krieges Hermann Stegemann. Wie ein Riß ging es durch alle deutschen Herzen, als mit einfachen, nüchternen Worten, die doch wie Donnerschläge des Schicksals klangen, der Heeresbericht vom 10. November kündete: Dirmuiden wird von den Deutschen erstickt. Westlich von Langemart brechen junge deutsche Regimenter unter dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nehmen sie.

Jung-Deutschland nicht nur war es, es war die Blüte der deutschen Jugend. Von den Wälfen der Hörsäle nicht nur, sondern aus den Fabriken und Kontoren waren sie herbeigeschmitten, weil sie wußten, unerschütterlich fühlten: Heimat in Not! Und es galt jetzt, wirklich die Heimat über alles zu stellen, vor allem über das kleine Leben des Einzigen. Man hat gesprochen und geschrieben über den Kindermord an der Yser. Nach mancher Richtung hin, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, denn häufig war die Ausbildung und nur ganz unvollkommen. Und mancher von den Freiwilligen hat erst in der Schlacht seinen ersten scharfen Schuß abgegeben.

Erst und gewaltig groß war ihr Schicksal. Von Westen rollte die englisch-französisch-belgische Dampfwalze

heran, von Dünkirchen und Calais her den rechten deutschen Flügel einzubrüchen. Wer diese kritischen Tage von 1914 erlebt hat, als alles bis zum Regimentschreiber in den niedrigen Gräben am Yserkanal stand, der wird ermessen können, welche Erleichterung die Kunde brachte, daß vier neue deutsche Korps im Anrollen waren. Es waren die Freiwilligenregimenter und vom Eisenbahnwagen aus gingen sie in die furchtbare Schlacht des Jahres 1914.

Hinein in diese windüberbrauten, von Nebel überfluteten Ebenen Flanderns. Hunderttausende deutscher Soldaten kennen ja die fischplatte, von unzähligen Gräben zerrissene flandrische Ebene. Fast überall versinkt der Fuß in Sumpf und Morast. Härtestes Kriegsschicksal war es, was nach den jungen Freiwilligen griff, die dort mit ihren Leibern nicht nur einen Wall gegen den feindlichen Ansturm bildeten, sondern selber, vom Strom glühender Heimatliebe getragen, dem bunten feindlichen Völkergemisch entgegenbrauten.

Dirmuiden und Langemart — im Krachen der Granaten, unter dem Hagel der Maschinengewehre sank die Blüte deutscher Jugend dahin. So wie dort mähete der Tod noch nie. Und das Furchtbarste war nicht, daß sie zu Tausenden starben, sondern daß das deutsche Volk dort einen großen Teil jener verlor, die später einmal dieses Volkes Führer sein sollten. Und ein ganzes Führergeschlecht liegt dort oben am Yserkanal zwischen Langemart und Dirmuiden.

Fast will die Gegenwart dem Schweizer Stegemann recht geben mit seinem Wort, daß die Vaterlandslieder der Freiwilligenregimenter verhallt seien als Geistergesang Jung-Deutschlands über den toten Gewässern der flandrischen Ebene. Und doch müssen und werden wir jenen Geist der Aufopferung des kleinen Ich gegenüber der Idee des Vaterlandes wiedergewinnen. Wir sind der Toten des 10. November nicht würdig, solange wir nicht zur Richtschnur unseres Daseins wirklich machen das Lied, mit dem jene in den Tod sprangen: Deutschland, Deutschland über alles.

Brandkatastrophe auf einer Beche.

Starke Benzolexplosion.

Auf der Kokerei der Schachtanlage 1—3 der Gewerkschaft Mont Cenis bei Herne brach auf bisher unauffällige Weise in der Benzolfabrik Feuer aus. Es erfolgte zunächst eine starke Explosion, durch die an den umliegenden Gebäuden, besonders an den Fensterscheiben einige Zerstörungen angerichtet wurden. Verletzt wurden zwei Mann schwer und sieben leicht. Die Versuche, mit den herbeigeleiteten benachbarten Feuerwehren das Feuer zu dämmen, mußten wegen des auslaufenden Benzols als aussichtslos aufgegeben werden. Die umliegenden Gebäude konnten durch die Feuerwehr gesichert werden. Weitere Gefahr besteht zurzeit nach menschlichem Ermessen nicht mehr. Der Brand dauert an, bis das Benzol verbrannt ist.

Vokales und Provinzielles.

Salver, den 10. November 1924

□ Zur Wetterlage. Die starken Niederschläge, die in den ersten Novembertagen in Frankreich und in Süd- und Westdeutschland niedergegangen waren, brachten für das ganze Rheingebiet eine Hochwasserkatastrophe, wie man sie seit Jahrzehnten in diesem Umfang im Rheinlande nicht erlebt hatte. Während noch in der ersten Hälfte der ersten Novembertage bei überwiegend westlichen Winden milde Temperaturen, die zumeist 2 bis 4 Grad über den Normaltemperaturen für diese Zeit lagen, herrschten, sank die Quecksilbersäule in der zweiten Wochenhälfte bei aufklarendem Himmel ganz erheblich. In Ostdeutschland fielen die Temperaturen nachts verschiedentlich bis auf 3 Grad Kälte. Da ein starkes Hochdruckgebiet, das über den britischen Inseln lag, seinen Einfluß auf das Festland ausdehnen dürfte, dürften sich die Winde in Deutschland allgemein über Nord nach Nordost und Ost drehen. Damit wäre die Grundlage für den Eintritt des Winterwetters gegeben.

□ Es empfiehlt sich, Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern, namentlich auch nach den Vereinigten Staaten, schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Auslieferung an die Empfänger gesichert ist.

„Gewiß kann ich das. Heute früh habe ich eine ganze Menge ausgepackt von dem, was ich von meinen weiten Reisen mitgebracht, und ich glaube, daß es dir Vergnügen machen würde, das alles zu sehen.“

Seeger ging darauf gleichmütig, ohne auf ihn zu warten, weiter, dem Schloß zu.

Karl Heinz stand sekundenlang unschlüssig und kämpfte mit sich. War es Verrat an Eberhard, wenn er mit jenem ging?

Die kindliche Neugierde, verbunden mit der schon vorher gehegten Bewunderung für diesen Neuen, überwogen jegliche Strupel.

Er schlich hinterdrein, wie ein Hündchen hinter seinem Herrn und kam gerade noch zurecht, um sich durch die geöffnete Tür neben Seeger hindurch ins Zimmer zu zwängen.

Als Eberhard eine gute Stunde später das Unterrichtszimmer betrat, — er hatte sich die ganze Zeit über im Park versteckt gehalten — blieb er wie versteinert stehen.

Am Fenster saß der neue Hauslehrer, Karl Heinz stand zwischen seinen Knien und plauderte so zutraulich mit ihm, als wäre er sein bester Freund.

Lauflos, aber wutbebend, zog Eberhard die Tür wieder zu und ging in das Schlafzimmer, das er mit dem kleinen Bruder teilte.

Bald darauf betrat auch Karl Heinz das Zimmer. Seine Wäddchen glänzten, und seine Augen leuchteten noch.

Als er den Bruder sah, rief er ihm zu: „Eberhard, — ach, Eberhard, — ach, Eberhard — höre doch nur!“

Eberhard wandte sich halb um. Ein schneidender Hohn lag in seiner Stimme.

„Abtrünniger! Geh, ich will nichts mehr mit dir zu tun haben!“

„Eberhard!“ rief Karl Heinz erschrocken.

„Memme!“ fuhr der Bruder ihn an. „Ist das deine Treue gegen mich, daß du dich von dem da fangen und bestechen läßt und mir den Gehorsam versagst? Habe ich dir nicht verboten —“

„Höre doch erst, wie alles kam!“ rief der Kleine mit weinerlicher Stimme dazwischen. „Er hat mir doch so herrliche Sachen —“

„Schweig!“ donnerte Eberhard. „Wer sich verteidigt, klagt sich an! Du bist feige gewesen, und Feiglinge dulde ich nicht um mich! Ich — verachte dich!“

□ Unsere Gefallenen auf 100 000 Friedhöfen bestattet. Dem Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“, der sich seit mehr als fünf Jahren in unermüdlicher Arbeit um den Schutz der deutschen Heldengräber im Ausland bemüht, ist es gelungen, einen großen Teil der im Ausland vorhandenen Friedhöfe vor dem Verfall zu bewahren. Von dem Umfang seiner Arbeit kann man sich erst dann eine Vorstellung machen, wenn man weiß, daß mehr als zwei Millionen Tote in fremder Erde ruhen und daß es gilt, nahezu hunderttausend Kriegerfriedhöfe in Stand zu halten.

— hk. Die wirtschaftliche Lage im Oktober.

Nach den Berichten der Industrie- und Handelskammern hat sich die Wirtschaftslage im Monat Oktober nicht wesentlich gebessert. Der Erfolg der deutschen Goldanleihe war zwar groß, die Versuche durch private Auslandsdarlehen unsere kapitalarme Wirtschaft zu beleben, hatten dagegen bisher nur geringen Erfolg. Der Steuerdruck lastete immer schwerer auf der Wirtschaft. Die bevorstehenden Neuwahlen und die ungeklärte innerpolitische Lage beeinträchtigen eine ruhige Entwicklung. Die Lebenshaltungskosten stiegen und führten zu neuen Lohnbewegungen. Nach zweimonatiger Unterbrechung ist im September auch die Handelsbilanz wieder passiv gewesen. Die Hoffnung knüpft sich an die neuen Handelsverträge, die eine Besserung unserer Außenhandelsbeziehungen bringen müssen.

— hk. Gebühr für Nachlösung von Fahrkarten.

Auf Grund der wiederholten Vorstellungen des Deutschen Industrie- und Handelstages hat sich die Deutsche Reichsbahn-Hauptverwaltung nunmehr entschlossen, für die Nachlösung von Fahrkarten in den Zügen eine Regelung zu treffen, die die zur Zeit bestehenden Härten beseitigt. Künftig wird der Zuschlag von 50 Pfg. für Nachlösungen im Zuge nicht mehr erhoben, wenn der Reisende nachweislich aus bahnsseitig zu vertretenden Gründen eine durchgehende Fahrkarte bis zur Zielstation nicht hat erhalten können. Als Nachweis gilt die Vorzeigung eines mit einem entsprechenden Vermerk versehenen roten Nachloszettels, der dem Reisenden auf der Abgangsstation unaufgefordert ausgehändigt wird, wenn er eine durchgehende Fahrkarte bis zur Zielstation nicht erhalten kann. Durch die Ausgabe der roten Nachloszettel werden auch die vielfach zu Beschwerden führenden Fälle beseitigt, wo Reisende auf einer Anschlussstation wegen Verspätung des benutzten Zuges oder wegen kurzer Uebergangszeit eine Fahrkarte zur Weiterfahrt nicht lösen können.

hk. —* Drucksachenbestimmungen: Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hat sich nach Abschluß seiner Rundfrage über die Rücksendung von unbestellbaren Drucksachen beim Reichspostminister dafür eingesetzt, daß bei derartigen Drucksachen in Zukunft wieder wie früher auch die neue Adresse des Empfänges vermerkt wird.

hk. —* Handel mit Almetallen: Der Deutsche Industrie- und Handelsstag erhielt auf seine Eingabe vom Reichswirtschaftsminister den Bescheid, daß eine vorzeitige Außerkraftsetzung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen nicht beabsichtigt ist.

hk. —* Deutsche Postreklame: Auf Grund einer Umfrage hatte sich der Deutsche Industrie- und Handelsstag beim Reichspostminister dafür eingesetzt, daß die Freigabe des rechten Zahlarten- bzw. Postanweisungsabschnittes zur Anbringung von Postreklame wieder aufgehoben werde. Auf diesen Antrag antwortete der Reichspostminister mit nachfolgendem wiedergegebenem Bescheid: „Die Rückseite der Posteinlieferungsscheine derjenigen Zahlarten, die durch die Postanstalten vertrieben werden, ist bereits seit dem Jahre 1920 für Reklamezwecke freigegeben worden. Unzutraglichkeiten haben sich anfangs aus dieser Maßnahme nicht ergeben. Erst in letzter Zeit sind Beschwerden laut geworden; sie haben mir Veranlassung gegeben, künftig davon abzugehen, die erwähnte Fläche mit Reklame zu belegen. Der noch vorhandene Bestand an Zahlarten und Postanweisungen mit Reklamausdruck muß indessen aufgebraucht werden. Uebrigens werden die von den Postämtern abzugebenden Zahlarten

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Vorchart.

20) (Nachdruck verboten)

„Nein — ich komme nicht mit — Eberhard will es nicht. Eberhard hat mir verboten.“

„Was hat Eberhard dir verboten?“ fragte Seeger ganz ruhig.

„Mich — mich — Ihnen nicht —“ stotterte der kleine Karl ganz erbärmlich.

„Mir nicht zu gehorchen?“

Der Junge nickte schweigend.

„Das ist ja töricht!“ rief Seeger jetzt. „Also eine wirkliche Verschwörung gegen mich! Was soll da nur aus mir Armen werden?“

Ganz verwundert sah Karl Heinz zum ersten Male zu dem neuen Hauslehrer auf, in dessen Augen es so eigenartig blühte.

„Da wird es wohl das Beste sein,“ fuhr Seeger fort, sich an den sprechenden Blicken des Knaben weidend, „ich schnüre mein Bündel und mache, daß ich wieder fortkomme. Meinst du nicht auch?“

Dieser Ton machte das Kind vollends verwirrt; es schwieg und senkte den Blick zu Boden.

Da hob Seeger sein Kinn in die Höhe.

„Sieh mich einmal an, Karl Heinz — so — offen und ehrlich. Möchtest du mich denn auch gern wieder forthonen?“

Karl Heinz machte eine Bewegung, um sein Kinn freizubekommen und verharnte darauf wieder schweigend.

Da lachte Seeger.

„Für diesmal seid ihr an den Falschen gekommen, mein Kleiner; aber ich wette, daß du ein lieber, kleiner Kerl bist, der sich nur von seinem Bruder verführen ließ und im Grunde jetzt gerne mit mir käme u. sich viele schöne Sachen, die ich von meinen Reisen mitgebracht habe, zeigen und sich von fremden Ländern, Menschen und Tieren erzählen ließe.“

„Das können Sie?“ fragte Karl Heinz schüchtern, aber voll Interesse.

Seeger merkte sofort, daß er das Richtige getroffen hatte, aber er hütete sich, seine Freude darüber zu zeigen.

Ganz niedergeschmettert war der Kleine. Eberhards Zorn und Verachtung waren ihm immer das Schlimmste gewesen, was ihm widerfahren konnte. Hilflos brach er in Tränen aus.

Obgleich Tränen ihm verhaßt waren, stimmten sie Eberhard zu bedingungsweiser Gnade.

„Ich will dir drei Tage Bedenkzeit geben — entscheide dich bis dahin für ihn oder für mich. Willst du ihm nachlaufen — mir ist's egal. Aber das sage ich dir: Indianer spielen darfst du nicht mehr mit uns, und auch sonst ziehe ich dich zu nichts mehr zu. Ein schwaches Rohr ist mir verhaßt!“

Kurz drehte er sich um und ließ den Kleinen ganz vernichtet und eingeschüchtert stehen. Um seinem kleinen Herzen, das sich nach zwei Seiten gerissen fühlte, Luft zu machen, fing er herzbrechend zu schluchzen an. Einen anderen Ausweg wußte er nicht. Zwar haite er das unbestimmte Gefühl, als wenn er bei seinem neuen Erzieher Schutz vor dem Zorn des Bruders u. auch Trost finden könnte, aber es kam ihm nicht klar zum Bewußtsein. Auch war er es zu sehr gewöhnt, in Eberhard stets die höchste Instanz zu sehen, sich in allem ihm unterzuordnen, daß ihm der Mut zu selbständigem Handeln fehlte.

Seeger, der, ohne daß die Knaben es ahnten, vom Nebenzimmer aus die Szene zwischen den Brüdern mit angehört hatte, und den Kleinen nun nach des Bruders Fortgang so heiß weinen hörte, glaubte zu wissen, was in ihm vorging. Er stimmerte sich jedoch vorläufig nicht um ihn, beschloß aber, ihn bei nächster Gelegenheit auf die Probe zu stellen und ihn dadurch aus seinen zwiespältigen Gefühlen zu befreien.

Diese Gelegenheit bot sich schon am nächsten Tage. Eberhard war wieder, — folglich nach dem Frühstück — fortgeritten, Seeger zum Trost und Zeichen, daß er sich nicht einschüchtern ließe.

Diesmal machte Seeger keine Miene, ihm zu folgen; er nahm Karl Heinz vor und fing an, mit ihm zu arbeiten. Anfangs zeigte sich Karl Heinz störrisch, unsicher, wie er sich verhalten sollte; er wagte nicht, aufzusehen, aber auch nicht, sich zu widersetzen.

(Fortsetzung folgt)

